



„Was hast du für ein Wesen?“
„Der arm' Mann in der Welt mag nit mehr genesen!“
Kennlösung der aufständischen Bundschuhbewegung 1524/25

Bundschuh-Blätter

Nr. 7

September 1998

Herausgegeben vom MdB-Büro Winfried Wolf. Mitarbeitende: Ute Abraham, Bernhard Strowitzki (beide Bonn), Bernhard Strasdeit (Stuttgart). Adressen usw.: 1.) Bonner Büro: W. Wolf, MdB, Bundeshaus, 53113 Bonn, Tel.: (0228) 168 1788, 168 1790, Fax: (0228) 168 6068. – 2.) Stuttgart: W. Wolf, MdB, Moserstr. 24, 70182 Stuttgart, Tel.: (0711) 236 8095, Fax: (0711) 232 268. Herstellung: GNN Verlag Stuttgart.

Liebe Leserin, lieber Leser,

dies ist die letzte Ausgabe der „Bundschuh-Blätter“ vor der Bundestagswahl. Während wir in den letzten vier Jahren darum baten, unterschiedliche Projekte zu unterstützen bzw. über die politische Arbeit – im Bundestag, im Landesverband, in unseren Stuttgarter und Bonner Büros – berichteten, möchte ich hier darum bitten, am 27. September PDS zu wählen – zumindest mit der entscheidenden Zweitstimme. Und ich bitte darum, für die Wahl der PDS zu werben – im Bekanntenkreis, im Betrieb, im Büro, in den Gewerkschaften, in Initiativen, auf Veranstaltungen.

Unsere Chancen sind weiterhin gut, auch wenn Medien und Meinungsforscher die PDS – wie seit acht Jahren geübt – wieder 'mal außerhalb des Parlamentes sehen. Allerdings gibt es massive Bestrebungen, uns tatsächlich aus der parlamentarischen Vertretung zu drücken. Ich möchte hier nur darauf verweisen, daß es auch nach acht Jahren PDS im Bundestag fast allorten in den Medien als opportun gilt, die PDS in der Berichterstattung nicht einmal zu erwähnen. Eine besonders traurige Gestalt machen dabei SPD und Bündnisgrüne, die gegen die Ausgrenzung der PDS nicht nur nicht protestieren, sondern noch mit der demagogischen Parole „Wer PDS wählt, wählt Kohl“ hausieren gehen. Wie bitte, so ist u.a. zu fragen, kamen denn die Grünen 1980 ins Parlament? Und: Weiß denn heute derjenige und diejenige, die SPD oder Grüne wählen, wassie wählen? Wählen sie damit tatsächlich eine der beiden Parteien, die fast jeglichen Oppositionsgehalt über Bord warfen, wählen sie ein „rot-grünes“ Bündnis, wie es z.B. im größten Bundesland Nordrhein-Westfalen oder am Chemiestandort Hessen zur Zufriedenheit der Unternehmerverbände existiert? Oder wählen sie eine große Koalition, auf die maßgebliche Kräfte in der SPD und große Teile der CDU – nicht zuletzt unterstützt im Unternehmer-

lager – zusteuern, wobei diese Koalition, wie 1966, vor allem deshalb als „große“ zu bezeichnen wäre, weil sie die größtmöglich anzunehmenden Schweinereien wird durchsetzen wollen.

Am 27. September PDS zu wählen macht Sinn. Und ich glaube, daß es zumindest drei gute Gründe dafür gibt.

1. Die „große Politik“ in diesem Land würde im Fall, daß die PDS aus dem Bundestag katapultiert wird, weiter massiv nach rechts rücken.

Das neoliberale Modell – Privatisierungen, steigende Erwerbslosigkeit, Zerstörung verbliebener sozialstaatlicher Elemente, Schwächung der Kräfte der Gegenwehr – würde sich verstärkt durchsetzen. Es ist heute allein die PDS, die das neoliberale Modell und die „Standortpolitik“ explizit ablehnt und eine Verteilung des Reichtums von oben nach unten fordert, während sich SPD und Grüne darin überbieten, wer den Spitzensteuersatz und andere Unternehmenssteuern weiter absenken will.

Die Militarisierung im Land würde be-

schleunigt betrieben. Es ist heute – mit der Ausnahme einzelner Bündnisgrüner und SPD-Abgeordneter – allein die PDS, die als Partei radikale Abrüstung, letzten Ende die Abschaffung der Bundeswehr fordert und sich strikt gegen alle Auslandseinsätze der Bundeswehr ausspricht.

Was „rot-grün“ bedeuten kann, läßt sich gut an der SPD und an den Bündnisgrünen im Südweststaat ersehen: Eine SPD, die in der vergangenen Landtagswahl mit fremdenfeindlichen Losungen hausieren ging und damit den REPs zu Oberwasser verhalf. Eine grüne Partei unter Kuhn/Schlauch, die sich ein Bündnis mit der CDU – die „Pizza-Connection“ – vorstellen kann, und die sich einen Spitzenvertreter Rezzo Schlauch leistet, der inzwischen selbst die Wiederherstellung des 1992 abgeschafften Asylrechtsartikels in der Verfassung ablehnt.

Ohne eine PDS im Bundestag kann man, so Gregor Gysi, „die SPD glatt vergessen“. Ohne eine PDS im Bundestag würde es selbst im Fall einer „rot-grünen“ Regierung nur zu einer Modernisierung der neoliberalen Politik kommen.

2. Die Interessen der Bevölkerung in den neuen Bundesländern würden im Fall, daß die PDS nicht mehr im Bundestag vertreten ist, erst gar nicht mehr zur Sprache kommen. Damit würde der Umstand, daß unser Land nicht nur in reich und arm und in Klassen gespalten ist, sondern auch eine tiefe Ost-West-Spaltung erlebt, vollends aus dem öffentlichen Bewußtsein gedrängt – mit fatalen Folgen gerade für uns im Westen.

Es geht nicht um „Solidarität mit den Ossi“. Wenn die gegenwärtige Ost-West-Spaltung im Land – u.a. mit einer dreimal so hohen Erwerbslosenquote in Mecklenburg-Vorpommern oder Sachsen-Anhalt wie in Baden-Württemberg – bestehen bleibt, dann wird dies für



die große Mehrheit der Bevölkerung in den alten Bundesländern katastrophale Folgen haben. Ostdeutschland wird von Henkel, Stihl und Hundt als Exerzierfeld für Zustände angesehen, die umgehend in den alten Bundesländern einzuführen seien: kein Flächentarifvertrag, Lohndumping, verlängerte und noch „flexiblere“ Arbeitszeiten, Zwangsarbeit für Sozialhilfe erhaltende Menschen, gesellschaftliche Spaltung durch wachsenden Rassismus und Stärkung der extremen Rechten.

Gerade wir in Baden-Württemberg sollten wissen: Hier wurden in vielen Streiks soziale Errungenschaften erkämpft, die nun auf dem Spiel stehen, wenn sie nicht bereits abgeschafft oder ausgehöhlt wurden.

Eine PDS im Bundestag heißt, diese Spaltung zu thematisieren. Es heißt vor allem: Lösungen zur Aufhebung dieser Spaltung zu propagieren, die Kräfte der Gegenwehr stärken.

3. Die Arbeit, die ich in den letzten vier Jahren als der in Baden-Württemberg gewählte Abgeordnete machte, und die Arbeit, die von meinem Mitarbeiter Bernhard Strasdeit in Stuttgart und meinen Mitarbeitenden in Bonn, Ute Abraham und Bernhard Strowitzki, geleistet wurde, könnte im Fall eines PDS-Wahlerfolges unter nochmals besseren Bedingungen fortgesetzt werden.

Wir haben in den vergangenen vier Jahren versucht, uns dem Ideal parlamentarischer Arbeit, wie diese klassisch von Sozialistinnen und Sozialisten – etwa, um wieder im Ländle zu bleiben: von Clara Zetkin – verstanden wurde, *anzunähern*. Wir respektieren die demokratischen Rechte und nutzen die uns mit dem Parlament gebotenen Möglichkeiten optimal aus. Gleichzeitig sind wir uns jedoch immer zweier Tatsachen bewußt:

- Die wirkliche Macht in diesem Land – und in jeder kapitalistischen Gesellschaft – geht nicht vom Kabinett oder Parlament aus. Sie wird in den Zentralen der Banken, der Konzerne – und im übrigen zunehmend auch wieder: in den Spitzen der Bundeswehr – ausgeübt. Allein der Umsatz des soeben entstandenen neuen Konzerns DaimlerChrysler macht rund die Hälfte des Bonner Etats aus – wobei derselbe Konzern seine eigenen Beiträge zu diesem Etat – seine Steuerleistungen – in den letzten zehn Jahren auf ein Fünftel reduziert hat.

- Die wirkliche Gegenmacht in unserer Gesellschaft wird nicht auf den Oppositionsbänken im Parlament ausgeübt. Die PDS kann dort lediglich – und immerhin – als *Sprachrohr* von Gegenmacht wirken. Wirkliche Gegenmacht und ernstzunehmender Widerstand gegen das neoliberale Modell entstehen durch Mobilisierungen

an der Basis: in Betrieben, in Büros, durch Streiks und Demonstrationen, durch die Erwerbslosenproteste, durch Drittweltgruppen und internationale Solidarität, durch feministisches Engagement, durch die Proteste der Studis, der Schülerinnen und Schüler, der Auszubildenden oder behinderter Menschen, durch Flüchtlingsgruppen, Anti-Genpolitik-Initiativen, den Widerstand gegen Castor-Transporte usw. usf.

Hier ist nicht der Raum, inhaltlich im einzelnen zu beschreiben, wie wir dieses Verständnis von Parlamentsarbeit konkret umsetzen: in unserer Arbeit zum Thema Betriebe/Gewerkschaften/Erwerbslose (siehe die Zeitschrift „wirtschaft – soziales-widerstand“), in unserem internationalistischem Engagement (siehe jüngere Aktivitäten zum Investitionsschutzabkommen M.A.I.; siehe unser Engagement für den kurdischen Deserteur Düzenli) oder im Verkehrsbereich.

Wir wollen diese Arbeit nach dem 28. September nahtlos fortsetzen. Dabei hoffen wir, dann sogar zwei in Baden-Württemberg gewählte Abgeordnete und zwei MdB-Büros im Lande zu haben.

Dabei glauben Bernhard Strasdeit und ich, in den vergangenen vier Jahren in Baden-Württemberg durch unsere Arbeit in dem auch für uns völlig neuen „Beruf“ viel gelernt und einiges Lehrgeld gezahlt zu haben. Im Fall einer Wiederwahl können wir unsere Arbeit für die Unterstützung von Gegenwehr vor Ort weiter einsetzen und steigern.

Liebe Leserin, liebe Leser,

mir ist sehr wohl bewußt, daß die Linke in unserem Land der PDS auch teilweise auch kritisch gegenübersteht. Ich bitte jedoch darum, innerlinke, PDS-kritische Positionen am 27. September nicht ausschlaggebend sein zu lassen. Diese – notwendigen – Debatten werden wir nach dem 27. September fortzusetzen haben. Wir werden sie aber kaum mehr führen können, jedenfalls nicht im Westen, wenn die PDS nach acht Jahren Bundestags-Präsenz die Fünf-Prozent-Hürde oder die drei Direktmandate nicht schafft.

Und, seien wir ehrlich: Ein solches Herauskatapultieren der PDS aus dem Parlament würde von unseren gemeinsamen Gegnern in erster Linie als *Niederlage der gesamten Linken im Land* angesehen. Dies würde von Kohl und Kapital, von Schröder-Stoll-

mann-Maurer, aber auch von Fischer-Kuhn-Schlauch mit Schampus abgefeiert und für einen weiteren Durchmarsch nach rechts gnadenlos ausgenutzt.

Wenn ich dazu auffordere, am 27. September mit der Zweitstimme und nach Möglichkeit auch mit der Erststimme PDS zu wählen, dann sei darauf verwiesen: auch dies ist nicht ausschließlich als individueller Akt, als das „Kreuzchenmachen in der Wahlkabine“, anzusehen. Die PDS erhielt bei der Bundestagswahl 1994 in Baden-Württemberg 42.976 Stimmen. Das sind nicht nur viel zu wenige; das ist auch eine überschaubare Größenordnung. Ich weiß aus vielfacher Erfahrung, daß heute in Betrieben und Büros, bei Gewerkschaften, in Initiativen usw. eine weit größere Offenheit für die PDS besteht als 1994. Ob sich das allerdings auch in Wählerstimmen niederschlägt, muß sich noch erweisen. Dies hängt davon ab, ob es uns gelingt, dieses Stimmenpotential auch zu mobilisieren.

Daher ist es von größter Wichtigkeit, daß sich alle hier Angesprochenen in ihrem Umfeld gezielt für die PDS-Wahl einsetzen. Und natürlich würden wir uns freuen, wenn sich dies sogar in einer Unterstützung im Wahlkampf – personeller oder finanzieller Art (siehe auch den beiliegenden Überweisungsschein) niederschlagen würde.

Mit solidarischen Grüßen
Winfried Wolf

aus Tagblatt Anzeiger, Tübingen, vom 2.9. 1998

? Die Sterne lügen nie ?



ock
20.1.)
beschwerte Tage
mal etwas düstere.
beiden Situationen
heit: Alles was
Konsequenz und
eides kann man
ruf: Wer was wer-
Abschlüsse.

mann
).2.)
wieder mal zu
und gehandelt
t Zoff. Gesund-
sch froh, daß Sie
s eigentlich einen
machen könnten.
Sie. Beruf: Noch
raft voll gefordert.

e
).3.)
e jetzt endlich,
rück beschieden
d was für welches!
rappeln Sie sich
etwas Schwung
ise. Beruf: Man
läßt sich auch
eserve.

Das ganz persönliche Promi-Horoskop

Von einem Direktmandat können nur einige seiner Kollegen im Osten träumen. Aber weil Dr. Winfried Maria Wolf auf dem ersten Platz der PDS-Landesliste von Baden-Württemberg steht, kann auf einen Wiedereinzug in den Bundestag hoffen. Die Sterne prophezeien es dem im Zeichen der Fische geborenen Horber eindeutig. Und seinen Anhang in Tübingen freut das. Egal, ob es Ehemalige vom Sozialistischen Deutschen Studentenbund, von der Gruppe Internationaler Marxisten oder von der Vereinigten Sozialistischen Partei sind.

25. Jahrestag des Pinochet-Putsches in Chile

Unsägliche deutsch-chilenische Verbindungen von Winfried Wolf

Der 11. September ist in Chile auch heute noch „nationaler Feiertag“. An diesem Tag jährt sich – 1998 zum 25. Mal – der Militärputsch des Generals Augusto Pinochet. An diesem Tag wurde die demokratisch gewählte Regierung Salvador Allendes von chilenischen Militärs gestürzt und eine 16 Jahre währende Diktatur errichtet. Im Verlauf dieses von den westlichen „Demokratien“ und von westlichen „Demokraten“ – so von den US-Regierungen und von führenden Politikern der CDU und CSU – unterstützten Regimes wurden Tausende Menschen, die sich zur Linken und zur Gewerkschaftsbewegung zugehörig fühlten, getötet; viele gelten noch heute als „verschwunden“.

Ende der 80er Jahre mußte das Pinochet-Regime nach großen Massenstreiks abdanken. Seither werden die Regierungen von der christlich-demokratischen Partei – derzeit im Bündnis mit Sozialisten und Sozialdemokraten – gebildet.

Doch auch im heutigen „demokratischen“ Chile nimmt das Militär eine führende Rolle ein; Augusto Pinochet wurde zum „Senator auf Lebenszeit“ ernannt; von den Folterknechten der Diktatur wurde bisher keiner ernsthaft zur Rechenschaft gezogen.

In den 70er Jahren setzte ich mich im Rahmen der Chile-Solidarität u.a. für den Häftling Luis Vitale ein. Dieses Jahr fuhr ich als MdB nach Chile.

Das Restaurant Bote Salvavidas liegt direkt am Kai von Valparaiso. Im ersten Stock, rund sechs Meter über dem Wasserspiegel gelegen, erschließt sich den sechs Abgeordneten der Delegation des Verkehrsausschusses des Bundestags das ganze Panorama dieses wichtigsten chilenischen Hafens. Und einen umfassenden Überblick benötigen die Parlamentarier, geht es doch nach den Worten des Ausschußvorsitzende Dr. Dionys Jobst, veröffentlicht in der führenden chilenischen Tageszeitung, *Mercurio*, darum, „das Interesse der deutschen Unternehmen für Investitionen hier im Land zu wecken“. Eines der wichtigsten Investitionsziele ist der – bislang staatliche – Hafen von Valparaiso. Er wird, ebenso wie die übrigen Häfen Chiles, privatisiert. Derzeit gibt es – wie von unserer erhöhten Restaurant-Plattform aus gut zu beobachten ist – massive Investitionen in die Hafeninfrastuktur. Diese werden, wie überall in der Welt der Liberalisierer und wie uns kurz darauf der Direktor der Hafenverwaltung darlegt, aus öffentlichen Mitteln finanziert.

Der deutschstämmige Unternehmer



Im August 1973 ernannte der chilenische Präsident Allende (rechts) General Pinochet zum Kommandanten der Streitkräfte. Knapp drei Wochen später putschte der General.

Wolf von Appen, Vorstandsvorsitzender von Ultramar Agencia Marítim Ltd., ist einer der Interessenten bei der Privatisierung dieses Hafens. Er ist es auch, der sich laut Einladungskarte „die Ehre gibt“, die Bundestagsdelegation in das Hafenrestaurant „zu einem Mittagessen“ einzuladen – gewissermaßen eine „Lobbypolitik der kurzen Wege“. Wie heißt es doch im „Sprechzettel“ der Delegation: „Die Hamburger Hafen- und Lagerhaus-Aktiengesellschaft (HHLA) ... wäre an einer Beteiligung an den Containerterminals in Valparaiso und San Antonio“ interessiert... Dies aber immer im Zusammenhang mit einem geeigneten lokalen Mehrheitsgesellschaft.“ Man darf gespannt sein, ob demnächst der Containerhafen von Valparaiso von dem „lokalen“ – zufälligerweise deutschstämmigen – „Mehrheitsgesellschaft“ von Appen und der HHLA gemeinsam kontrolliert wird.

Wolf von Appen zeichnet sich durch Offenheit und Direktheit aus. Ohne gefragt zu werden, spricht er beim politischen small talk zu Häppchen und hochprozentigem Pisco der Pinochet-Diktatur in erster Linie positive Seiten zu. Mit dieser sei in Chile Disziplin und Sicherheit eingekehrt. Davon profitiere man heute noch. So könne er sich ohne Bodyguards in Santiago bewegen, was „andernorts in Lateinamerika ein Ding der Unmöglichkeit“ sei.

Der „Parque por la Paz“ in Santiago, auf dem wir uns aufhalten, gehörte einer Familie Grimaldi, die Allende nahestand; sie

mußte nach dem Putsch vom 11. September 1973 ins Exil flüchten und wurde enteignet. Die einzige intakte Installation auf diesem „Friedenspark“, die an seine Funktion nach 1973 erinnern könnte, ist ein Bassin mit abgeschrägtem Boden, die Wände blaß-blau gefliest. „Da wurden die Gefangenen hineingetaucht – gefesselt, wehrlos.“ Erläutert Ivan Saldías, der selbst zwei Jahre in Folterstätten und Lagern der Pinochet-Diktatur verbrachte. „Aber das war nur eine von vielen Foltermethoden an diesem Ort.“ Ähnlich wie die Gestapo die KZ mit Sprüchen wie „Arbeit macht frei“ und „Jedem das Seine“ versah, übte sich die DINA in Zynismus. Einzelne Zellen sind mit „CORVI“ benannt; die Enge der Zellen, so die SS-Nachahmer, ähneln derjenigen der Räume des Wohnungsbauprogramms gleichen Namens unter Allende.

Wer diesen „Park des Friedens“ ohne Führung begeht und die zahlreichen Inschriften und die riesige Gedenktafel mit den Namen Hunderter, die hier getötet wurden, ignoriert, kommt nicht auf den Gedanken, sich auf dem Boden einer Folterstätte aus der Zeit der Pinochet-Diktatur zu befinden. „Die Gebäude wurden von der DINA in den Jahren 1988 bis 1990 abgerissen, um ihre Spuren zu tilgen.“ Anfang der 90er Jahre ließ die Regierung Aylwin mit der Unterstützung von ehemaligen Häftlingen und Angehörigen Getöteter oder „Verschwundener“ die Anlage rekonstruieren und zum „Parque por la Paz“ umgewandelt. Viele verstehen das Gelände tatsächlich als Park; während

11. September 1973: Pinochet-Soldaten beschießen den Moneda-Palast. Präsident Salvador Allende kam bei der Erstürmung ums Leben.



unseres Rundgangs treffen wir auf eine Clique Jugendlicher, die Rockmusik hört und die Flasche kreisen läßt. Ivan befürwortet diesen nach außen zwanglosen Charakter der Gedenkstätte. „Die Greuel waren Teil des chilenischen Alltags. Die Anlage sollte Teil des heutigen Alltags sein.“

Es bedarf der kundigen Hinweise, um das Grauen im Detail zu erkennen. Das beginnt beim Eingang zum DINA-Lager: Direkt hinter dem stählernen Tor ragen aus dem Boden im Eingangsbereich steinerne Formen, übergroßen Blättern gleich, sodaß die Flügel des Tores sich nicht mehr öffnen lassen. Ein in Mosaik gesetzter Text kündigt: „Dieses Tor wird für immer geschlossen bleiben“.

Das endet beim Material, aus dem dieses Mosaik und alle anderen Inschriften im „Parque por la Paz“ gefertigt sind: es sind Splitter von jenen Fliesen, mit denen die Zellen und Folterstätten ausgekleidet waren.

Wie er sich erklären könne, daß im neunten Jahr nach dem offiziellen Ende der Pinochet-Diktatur, die deutsche Siedlung Colonia Dignidad, die als DINA-Folterstätte unter Pinochet diente, immer noch existiere? Ricardo Lagos, Minister für öffentliche Arbeiten, weiß auf diese Frage eines Bundestagsabgeordneten keine befriedigende Antwort. Im Gegenteil – Lagos spricht von neuen, erschreckenden Nachrichten: Auf dem Gelände der Colonia würden nach aktuellen Erkenntnissen

auch heute noch Menschen gefangengehalten, die in der Pinochet-Diktatur festgenommen wurden; Lagos erwähnt, daß das weitverzweigte Tunnelsystem, das man dieser Tage in der Colonia Dignidad entdeckt habe, offensichtlich von Minenarbeitern des chilenischen Kohlreviers Lota, die als Zwangsarbeiter dorthin verbracht wurden, erbaut worden sei und daß in der Colonia möglicherweise einige von diesen noch als Gefangene in verborgenen Verliesen säßen.

Im übrigen, so Lagos, hätte nicht nur die chilenische, sondern auch die deutsche Seite ihre Probleme mit der Colonia – und dies seit vielen Jahren. Er erinnerte die Delegation an ein „Frühstück mit Genscher in Bonn“, das er im Jahr 1988, also inmitten der Pinochet-Diktatur, mit dem deutschen Außenminister hatte. Damals habe Genscher „die Hälfte unseres Zusammenseins“ auf „die Colonia“ verwandt und davon gesprochen, wie „komplex“ dieses Thema sei.

Tatsächlich gibt es seit mehr als dreieinhalb Jahrzehnten unsägliche Verbindungen zwischen deutschen konservativen Politikern und jener „Kolonie der Würde“, die vom ersten Tag ihrer Existenz eine Stätte der Entwürdigung von Menschen war.

Da gab es in den sechziger Jahren die Übersiedelung des Sektenführers Paul Schäfer aus Siegburg bei Bonn nach Chile; die deutschen Behörden gestatteten sogar den Nachzug von Kindern und Jugendlichen von Schäfers „Gemeinde“, obwohl bereits damals die Staatsanwaltschaft

gegen Schäfer wegen Kindsmißbrauch ermittelt.

Bereits in den siebziger Jahren galt die mittlerweile von rund 300 Deutschen bewohnte Colonia Dignidad, 300 km südlich von Santiago gelegen, als Hort rechts-extremistischer und verschwörerischer Umtriebe; Pinochet und führende Vertreter der faschistischen Organisation „Patria y Libertad“ waren bereits in der Zeit der Allende-Regierung gern gesehene Gäste in der Colonia.

In der Zeit der Pinochet-Diktatur, 1974 bis 1988, entwickelte sich die Deutschensiedlung zur Folterstätte der Geheimpolizei DINA, die von den Mächtigen der Diktatur oft besucht, umfassend politisch geschützt und materiell unterstützt wurde. Unterstützung genoß die Colonia gerade in dieser Zeit auch von deutscher Seite: Da gab es in der CDU/CSU einen Freundeskreis der Kolonie, da gab es die Besuche des CDU-Bundestagsabgeordneten Herkenrath, da gab es 1986 die Verleihung eines hohen Ordens des Pinochet-Regimes an den deutschen Verteidigungsattaché Müller-Borchert, was auch in CDU-Kreisen auf Protest stieß – ausgelöst durch ein erfreuliches, *öffentliches* Engagement von Heiner Geissler.

Und da gab es die Besuche des führenden Vertreters der CSU, Franz-Josef Strauß, nicht nur in Santiago und bei Pinochet. Während meines Aufenthalts in Chile traf ich einen Bekannten, der den CSU-Chef in die Colonia Dignidad begleitet hatte, als diese nachweislich – und

bereits damals durch Amnesty International und den Evangelischen Pressedienst publik gemacht – als Folterstätte der Geheimpolizei DIN A diene.

Der chilenische Minister für öffentliche Arbeiten, Ricardo Lagos, kennt diese unsägliche unendliche Geschichte der „Colonia“ und deren Beziehungen nach Deutschland. Warum die deutsche Seite keinen Auslieferungsantrag für Paul Schäfer stelle, will ich von ihm wissen, und ob ein solcher angesichts des Bestehens eines internationalen Haftbefehls nicht nützlich sei. Ricardo Lagos antwortet ausweichend: Die Colonia sei immer noch eine Art Staat im Staat; „aber irgendwann wird sie verschwinden“.

Lagos könnte sich bald in einer Position befinden, um an diesen Worten gemessen zu werden. Er gilt als Favorit für die Nachfolge des 1999 neu zu wählenden chilenischen Präsidenten.

„Der Professor“ hat sich wenig verändert. Groß, leicht gebeugt und laut lachend empfängt Luis Vitale Ivan Saldías und mich in seiner kleinen Wohnung in der Calle Guemes im Stadtteil „Comuna de La Reina“. Er blickt mich nur wenige Sekunden zögernd an, ruft fragend meinen Namen, um mich gleich darauf zu umarmen. Es ist mehr als zwei Jahrzehnte her, daß wir uns in Frankfurt am Main trafen. Vitale war als Universitätsdozent, als führender Kopf einer trotzkistischer Organisation und als Autor einer damals bereits berühmten, vielbändigen „Marxistischen Geschichte der Arbeiterbewegung in Chile“ nach dem Militärputsch zusammen mit Luis Corvalan von der KP und Miguel Enriquez vom Movimiento de la Izquierda Revolucionaria (MIR) eines der prominentesten Opfer der Diktatur. Er kam im Rahmen einer internationalen Kampagne frei, lebte dann im Exil einige Jahre in Frankfurt/M. und später in Mexiko.

Inmitten unseres Gesprächs über damals und heute greift Vitale in sein überquellendes Bücherregal und fischt sich aus diesem ein schmales Bändchen, das wir noch zur Zeit seines Exils im ISP-Verlag herausgegeben hatte: „Umwelt in Lateinamerika – Die Geschichte einer Zerstörung“. Vitale besteht auf einem Erinnerungsphoto von uns beiden, zusammen mit diesem Büchlein. Wie es um seine „Marxistische Geschichte“ stehe, fragt Ivan lachend. Gerade stehe Band 6 kurz vor der Veröffentlichung; und damit sei die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg erreicht. Allerdings gebe es ein Problem: Zur Rolle des Fußballs in der Arbeiterbewegung habe er nicht ausreichend Material...

Im übrigen schreibe er an diesem seinem Lebenswerk „nebenher“ – neben anhaltenden politischen Engagements, neben anderen Veröffentlichungen („mehr als fünfzig Bücher“) und neben seinem wie-



dergewonnenen Job als Universitätsprofessor, den er auch als Einundsiebzigjähriger weiter ausübe.

Als wir gehen – es ist gegen acht Uhr abends –, betritt ein junger Student die kleine, zweiräumige Wohnung. Er schreibt an einer wissenschaftlichen Arbeit zur „Geschichte des Anarchismus in Chile“ und will den Rat Vitales. Genau wie wir bäugt er irritiert die zwei Posters, die gleichberechtigt die Wohnung des Genossen Professors schmücken: das eine zeigt Rosa Luxemburg, das andere Marilyn Monroe.

Die offizielle Politik unter der – auslaufenden – Regierung Kohl fand zur vorausgegangenen Zeit der Diktatur Worte, die den Realitäten in der Pinochet-Diktatur Hohn sprechen.

Im Oktober 1991 sprach Kohl vor dem chilenischen Kongreß, in dem damals noch mehr als heute Vertreter der vorausgegangenen Diktatur repräsentiert waren. Der Bundeskanzler fand kein selbstkritisches Wort zu dem Besuch des Generalsekretär seiner Partei, Bruno Heck, 1973 in Chile: Dieser hatte damals das Stadion der Hauptstadt, das als Sammellager für die politischen Häftlinge diene, besucht und geäußert, der Aufenthalt dort sei „angenehm“. Mit keinem Wort ging Kohl auf die Colonia Dignidad und die abstoßenden Beziehungen ein, die CDU/CSU-Politiker zu dieser unterhalten hatten. Keine Erwähnung fand die Zusammenarbeit der Hanns-Seidel-Stiftung mit dem Pinochet-Regime – beispielsweise als diese CSU-nahe Einrichtung 1978 ein Abkommen mit den Diktatoren zur „Bildung einer Gewerkschaftsschule“ schloß, in dem „Gewerkschaftsführer“ lernen sollten, die Interessen ihrer Mitglieder „mit der wirklichen Situation der Unternehmen zu harmonisieren“. Der Kanzler erwähnte auch nicht die noch unter Pinochet ausgearbeitete Verfassung, die entscheidend für die heute noch existierende institutionelle Absicherung faschistischer Personen im Apparat von Staat und Justiz ist, und den

Umstand, daß diese von zwei CSU-nahen Professoren an der Universität Würzburg erarbeitet wurde.

Statt dessen formulierte der Historiker Kohl vor den chilenischen Parlamentariern einen seiner unsäglichen Vergleiche: „Das Erbe des diktatorischen kommunistischen Regimes in unserem Land ist katastrophal: eine zum Wettbewerb unfähige und völlig marode Wirtschaft, Menschen, die in Ruinen lebten, und eine enorm zerstörte Umwelt. Ich weiß, daß dies eine Erfahrung ist, die wir mit nicht wenigen Freunden des chilenischen Volkes teilen. Das Regime der Ungerechtigkeiten der Diktatur hat tiefe Wunden auch bei den Chilenen geschlagen.“

Noch während Kohls Rede verließen die Parlamentarier der Pinochet nahestehenden Rechten unter Protest das Parlament. Nach der Rede bemühte sich die Deutsche Botschaft um Schadensbegrenzung und argumentierte, Kohl habe einen eher indirekten Vergleich zwischen den DDR-Regierungen und der Pinochet-Diktatur gezogen, was vom Simultanübersetzer falsch wiedergegeben worden sei. Die Botschaft lieferte eine eigene Version der Kohl-Rede, mit einem entsprechend abgeschwächten Vergleich zwischen Pinochet-Diktatur und „kommunistischem Regime“.

Damit sollte jedoch nicht die Gleichsetzung der DDR mit der Folter-Diktatur Pinochets relativiert werden. Vielmehr ging es darum, die empörten ultrarechten Politiker, die einen Vergleich des ihnen nahestehenden Pinochet-Regimes mit einer „kommunistischen Diktatur“ als beleidigend ansahen, zu besänftigen.

Tatsächlich hatten viele Mitglieder der Linksparteien, die Regierung Allende gebildet hatten, während der Zeit der Pinochet-Diktatur in der DDR Aufnahme gefunden. Nicht wenige von ihnen konnten in der DDR studieren oder eine Ausbildung erhalten und sind nach 1988 nach Chile zurückgekehrt. Ein Diplomat an der Deutschen Botschaft erklärt, ihm sei heute oft unwohl, wenn solche „retornados“ aus der DDR sich bei ihm bzw. bei anderen Botschaftsangehörigen dafür bedankten, daß sie in der Zeit der Diktatur Aufnahme fanden – im Exil „in Deutschland“.

Quellen:

Mercurio vom 23.5.1998; Sprechzettel Thema „Seeverkehrsbeziehungen zu Chile“ vom 4.5.1998; Luis Vitale, *Umwelt in Lateinamerika – die Geschichte einer Zerstörung. Von den Kulturen der Eingeborenen zur ökologischen Krise der Gegenwart*, ISP-Verlag, Frankfurt/Main, 1990; *La Segunda* vom 21.10.1991; *La Tercera* vom 24.10.1998; „Rettet das Leben von Luis Vitale!“, herausgegeben von der Gruppe Internationale Marxisten (GIM), Frankfurt/M. o.J. (1974); Fernando Mires, *Die Militärs und die Macht – Thesen zum Fall Chile*, Berlin 1975; *Lateinamerika – Analysen und Berichte 3: Verelendungsprozesse und Widerstandsformen*, Berlin 1979.

Haushalts- debatte im Bundestag, 4.9.1998

**Vizepräsident Dr. Burkhard
Hirsch: Ich gebe das Wort
dem Abgeordneten
Dr. Winfried Wolf.**

Dr. Winfried Wolf (PDS): Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Damen und Herren! US-Präsident George Bush formulierte im Jahre 1990: „We create a new world order“. Diese neue Weltordnung war natürlich umfassend gemeint — als eine Art Weltphilosophie. Diese Philosophie des Neuen und Besseren verbreitete die Bundesregierung damals, und sie verbreitet sie heute wieder mit diesem Haushalt. Wird also heute über die Außenpolitik im umfassenden Sinn debattiert, dann ist auch über diese Philosophie zu diskutieren.

Nun war die vorausgegangene bipolare Weltordnung zweifellos kein Glückszustand der Menschheit. Es gab kalten Krieg im Westen, und es gab mehrere Angriffskriege des Westens — zum Beispiel in Kuba, Nicaragua und Vietnam, aber auch einen solchen der Sowjetunion in Afghanistan.

Doch die neue Weltordnung von heute ist ähnlich abschreckend. Nicht zufällig sagte George Bush den zitierten Satz am Beginn des neuen Golfkrieges. Diese neue „world order“ ist gekennzeichnet von Chaos, Krieg und Unfrieden. Dafür trägt diese Bundesregierung in erheblichem Maß Verantwortung, vor allem die Herren Kohl, Kinkel und Rühle. Ich möchte dies an drei Beispielen verdeutlichen.

Erster Fall: deutsch-polnische Beziehungen. In diesem Sommer wurden diese für unser Land wichtigen Beziehungen in eine extreme Belastungsprobe geschickt. Dieses Parlament verabschiedete im Mai — unter anderem gegen unsere Stimmen — eine Resolution. Danach soll mit der EU-Osterweiterung insbesondere das Recht der aus Polen Vertriebenen und vor allem von deren Nachkommen auf „Freizügigkeit und Niederlassungsfreiheit“ in Polen gewährleistet werden. Dies wurde zumindest indirekt an die Frage geknüpft, ob Polen überhaupt in die EU kommt. Die Bundesberufsvertriebene, Frau Steinbach, gab noch weiteres Öl ins Feuer und forderte, Polen müsse die Vertriebenen international entschädigen.

Das alles ging dann selbst unserem Außenminister zu weit. Die Bundestags-

präsidentin, Frau Dr. Süßmuth, flog eigens nach Polen, um auf absolut berechnete, heftige Reaktionen des polnischen Parlaments zu reagieren. In der Sache allerdings halten Sie von der Regierung bis heute daran fest, es gebe noch offene Fragen im Osten, die polnische Westgrenze sei keineswegs eine Grenze wie andere, die absolut sicher sei; vor allem die Gebiete, in denen vor mehr als 50 Jahren auch Deutsche siedelten, könnten über den Hebel EU wieder deutsch besiedelt werden.

Das ist für uns eine Politik des Unfriedens. Damit werden von Ihnen bewußt die Vorgeschichte der Vertreibung und damit Angriffskrieg und Völkermord, Herr Lummer, unter den Tisch gekehrt oder relativiert. Die PDS sagt nein zu diesem neuen Revanchismus über den Umweg Europäische Union.

Beispiel 2: Rüstung und Krieg. Kanzler Kohl sagte in seiner Rede, noch nie habe es auf deutschem Boden weniger Soldaten und Waffen gegeben. Das ist Unfug, Herr Dr. Historiker. Natürlich war die Wehrmacht vor 1933/34 viel schwächer, und es gab in diesem damals größeren Deutschland weit weniger Waffen als heute.

Was aber weitaus wichtiger ist: Der Verteidigungsetat steigt mit dem Haushalt 1999 nicht nur zum zweitenmal an. Vor allem werden auch allerorten Waffen beschafft, die die Bundeswehr angriffsfähig machen sollen. Das ist der gemeinsame Nenner von Eurofighter — jetzt „Taifun“ genannt —, neuem Hubschrauber und Großraumflugzeug „Future Large Aircraft“: Sie alle machen diese Armee zum Angriffskriegsfähig.

Wieder sattelt die CSU eins drauf: Pünktlich zur Wahl kommt der Spatenstich zum Bau des Forschungsreaktors München II. Damit wird, gegen alle internationalen Proteste in Ost und West, in einem deutschen Reaktor atombombenfähiges Uran gebrütet.

Herr Gerhardt fragte in seiner Rede eine andere Partei, wie sie es denn mit den Krisenreaktionskräften halte. Herr Fischer versuchte dabei, sich ins Aktenstudium zu vertiefen. Wir von der PDS antworten darauf, wie die Grünen und wie Sie, Herr Fischer, vor vier Jahren geantwortet haben: Weg damit!

(Joseph Fischer [Frankfurt] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Trotzki!)

Wir fordern, daß radikal abgerüstet wird, daß gerade die Sondereinheiten für Auslandseinsätze verschwinden und daß im Rüstungsbereich frei werdendes Geld zum Kampf gegen Arbeitslosigkeit und, Herr Fischer, zum ökologischen Umbau der Gesellschaft verwandt wird.

(Beifall bei der PDS)

Beispiel 3: Weltwirtschaft und Rußlandkrise. Mit „We create a new world order“ war auch gemeint, dieser neue globale Kapitalismus bringe Wohlstand, Ord-

nung und Abbau von Erwerbslosigkeit. Auch das erwies sich — absehbar — als Schimäre. Seither mußten wir einen weiteren Anstieg der Erwerbslosenzahlen im Westen und der dritten Welt sowie einen Anstieg der Auslandsschulden der Länder der dritten Welt feststellen.

Seit Herbst 1997 haben wir die Asienkrise. Heute in der Debatte leugnet jeder auf den Regierungs- und anderen Bänken, je nach Asien gewiesen zu haben. Tatsächlich haben Sie dies getan, mit leuchtenden Augen und glänzenden Bilanzen. Wiederum Herr Fischer von den Bündnisgrünen belehrt uns heute, diese Krise sei ausgebrochen, weil dort nicht genügend Freiheit geherrscht habe, weil es keine Gewährleistung der Menschenrechte und weil es zuviel Dirigismus gegeben habe.

Umgekehrt paßt der Schuh. Je freier die Märkte, desto größer das Chaos, desto brutaler das Gesetz des Dschungels. Denn diese Krise erfaßt nicht nur das diktatorisch regierte Indonesien — es gibt sie auch in Mexiko. Das Chaos regiert nicht nur im autokratisch regierten Malaysia — es herrscht auch in Brasilien und vor allem auch in Japan.

Dieser Tage haben wir nun die Rußlandkrise: freier Fall des Rubels, freier Fall von Jelzin. Eine Mischung von Mafiaökonomie, Manchesterkapitalismus und Vetterwirtschaft tut sich auf. Wieder wird dies zum Fall für Clinton, zum Fall für Kohl. Der erste fliegt hin, der zweite telefoniert.

Bill Clinton hat sich gerade vor einem Gericht über eine sogenannte „unangemessene Beziehung“ im Detail ausgelassen. Erfreulicherweise ist die Politik in diesem Land noch nicht auf das Niveau solcher oraler Konfessionen gesunken.

(Joseph Fischer [Frankfurt] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Na, na! Keine Vorurteile!)

Dabei finde ich etwas ganz anderes als die bigotte US-amerikanische Medienöffentlichkeit obszön. Ich finde die Gemeinsamkeit, die Clinton, Jelzin und Kohl verbindet, obszön.

Vizepräsident Dr. Burkhard Hirsch: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist abgelaufen. Sie müssen zum Schluß kommen.

Dr. Winfried Wolf (PDS): Alle drei verbindet das machiavellistische Prinzip: Machterhalt um jeden Preis. Kohl und Clinton halten an Jelzin fest, weil sie sich einen Teufel um demokratische Rechte scheren und die Interessen ihrer Banken verteidigen.

Ich glaube, das Verfallsdatum von Herrn Kohl kann deutlicher festgemacht werden als das von Jelzin. Es lautet: 27. September dieses Jahres.

(Zuruf von der CDU/CSU: Ihres steht aber auch fest!)

Danke schön.

(Beifall bei der PDS)

Fall Düzenli charakteristisch für Unmenschlichkeit deutscher Asyl- und Abschiebep Praxis

Anlässlich einer Delegationsreise im Fall des Mitte Juli in die Türkei abgeschobenen Kurden und türkischen Staatsbürgers Abdul Menaf Düzenli erklärt der PDS-Bundestagsabgeordnete Winfried Wolf:

Die Delegation zum Fall Düzenli (zwei Vertreterinnen des „Ökumenischen Arbeitskreises Solidarität mit Ausländern“ in Mutterstadt, Rheinland-Pfalz, Monika Vogel und Ingrid Schellhammer, der Journalist Dieter Balle und der MdB Winfried Wolf) gewann in der Türkei den Eindruck: Der Fall Abdul Menaf Düzenli widerspiegelt die Unmenschlichkeit der deutschen Asylpolitik, aber auch den fortgesetzten Verstoß derselben gegen die eigenen rechtlichen Grundlagen.

Der Kurde Düzenli wurde am 29.11.1991 zum Militärdienst eingezogen. Er desertierte am 8. März 1992 und flüchtete mit seiner Familie in die Bundesrepublik. Er beantragte in Rheinland-Pfalz Asyl. Der Antrag wurde abgelehnt. Die - heute vierköpfige - Familie lebte in den letzten Wochen im Kirchenasyl in Mutterstadt. Am 16. Juli kamen vier Polizeibeamte in die Gemeinderäume; Herr und Frau Düzenli wurden in Handschellen gelegt; sie und die zwei Kinder abgeschoben.

Ablehnung des Asylantrags und Abschiebung erfolgten auf drei Grundlagen, die sich spätestens mit dem Bericht der Delegationsreise als unhaltbar erweisen:

1. Das Verwaltungsgericht Neustadt hatte die Abschiebung u.a. mit der Begründung für rechtens erklärt, daß es eine Desertion Düzenlis als nicht glaubwürdig erachtete. Tatsächlich befindet sich Herr Düzenli inzwischen im Militärgefängnis von Izmir. Der Prozeßbeginn wegen Desertion ist Ende August.

2. Das Verwaltungsgericht Neustadt hatte ein Schreiben des türkischen Militärs, das Düzenli der Desertion beschuldigt, als „Fälschung“ deklariert und ein anderes Schreiben der Oberstaatsanwaltschaft, das Verfahren gegen Düzenli vor dem Staatssicherheitshof ankündigt, als „zivilrechtliche Angelegenheit“ bagatellisiert. Tatsächlich konnten wir uns bei einem Besuch von Düzenlis früherem Anwalt davon überzeugen, daß das erste Schreiben authentisch ist. Das zweite Schreiben kündigt eine politische Verfolgung an. Wegen der Schreiben, die Düzenli aus Mutterstadt an verschiedene türkischen Stellen richtete und in denen er u.a. um seine Entlassung aus der türkischen Staatsangehörigkeit bat, werden ihm mehrere Prozesse angedroht - u.a. wegen Herabsetzung der tür-

kischen Republik.

Der von uns befragte Anwalt Düzenlis geht davon aus, daß Herr Düzenli bei den verschiedenen gegen ihn laufenden Verfahren mit einer mehrjährigen Haftstrafe zu rechnen hat.

3. Die deutschen Behörden gingen bei ihren Entscheidungen davon aus, daß eine Verfolgung Düzenlis und seiner Familie „mit Sicherheit“ auszuschließen sei. Tatsächlich ist Herr Düzenli und möglicherweise seine Frau - nicht nur von mehrjähriger Haft aus politischen Gründen bedroht. Herr Düzenli wurde nach seiner Ankunft in Istanbul sofort verhaftet. Er wurde zu mehreren Stellen der türkischen Sicherheitskräfte in Istanbul und Izmir gebracht, die teilweise für brutale Verhörmethoden bekannt sind. Herr Düzenli hat bei dem bisher einzigen Besuch, dem seines Onkels sich - in Anwesenheit von Militärs - über Schmerzen beklagt. Zweimal wurde er in ein Militärhospital in Izmir verbracht.

Die Mitglieder der Delegation haben die Befürchtung, daß Herr Düzenli von den Militärs geprügelt und gefoltert wurde bzw. wird. Sie verlangen seine sofortige Freilassung. Auf einer Pressekonferenz in Ludwigshafen am 14. August forderten die Mitglieder der Delegation von den deutschen Behörden, Herrn Düzenli Asyl zu gewähren, u.a. auch, weil sich die Grundlagen für die Ablehnung des Asylantrags nachweislich als unhaltbar erwiesen.

Im Trend der Zeit: Raffke Lothar Späth als Wirtschaftsminister einer Großen Koalition

Zu den neuen Spekulationen um Lothar Späth in einer Großen Koalition erklärt der Spitzenkandidat der baden-württembergischen PDS, Winfried Wolf:

Daß der ehemalige baden-württembergische Ministerpräsident und jetzige Jenoptik-Chef Lothar Späth Ende August zum neuen „Chefberater“ für das Kanzlerauslaufmodell bestellt wurde, wird als Verzweiflungsakt verstanden: Immerhin verbindet Kohl mit seinem alten Widersacher Späth eine tiefe Abneigung, immerhin war es der alte Strippenzieher und neue Königsmörder Schäuble, der die Spätberufung des Jenoptik-Chefs vermittelte.



Eine Woche nach seiner Ernennung wurde Späth bereits als kommender Wirtschaftsminister gehandelt und heute ist in CDU-Kreisen die Rede von einem möglichen Kanzler-Cleverle an der Spitze einer CDU-SPD-Großen Koalition.

Eine Rückkehr Späths in die „Große Politik“ macht Sinn; sie entspräche gleich dreifach dem Trend, der sich in der Union ebenso wie in der SPD durchsetzte:

1. Späth ist Ausdruck des Klüngels Bösse-Regierung, wie er in der „Segeltörn-Affäre“, die den baden-württembergischen Ministerpräsidenten 1991 zu Fall brachte, zum Ausdruck kam. Deren Kern bestand darin, daß Späth sich jahrelang bei seinen Reisen als Privatmann und als „Landesvater“ durch die Welt von Unternehmern aushalten ließ. Schröder wiederum sieht in solcher Nähe zu den Bossen ebenfalls kein Problem, wie er beim Jet-Trip zum Opernball mit VW-Chef Piech bewies und wie er mit der Wahl des Gewerkschaftsgegners und Millionärs Stollman zum designiertem Wirtschaftsminister dokumentierte.

2. Späth wird nachgesagt, er habe sich bei Jenoptik als „guter Unternehmer“ erwiesen. Das Gegenteil ist wahr - und ausnahmsweise hat hier Kanzler Kohl recht: Wer 3,2 Milliarden Mark Steuergelder für ein einzelnes Unternehmen erhält, ist nachgerade zum „Erfolg“ verdammt. Daß dies Ausdruck kapitalistischer Planwirtschaft ist und nichts mit Markt zu tun hat, steht auf einem anderen Blatt. Im übrigen besteht ein Teil des Erfolgs von Späth in Jena darin, daß die Belegschaft auf ein Zehntel reduziert wurde.

3. Späth ist die Personifizierung der Raffke-Gesellschaft. Das folgende Interview, das die „Süddeutsche Zeitung“ mit dem „Cleverle“ am 19.8.1994 führte, könnte deutlicher nicht sein:

„(SZ) Was verdienen Sie als Vorstandsvorsitzender von Jenoptik?“

(Späth) Zu wenig.

(SZ): Aber Sie bekommen doch zusätzlich Ihre Pensionen als Ministerpräsident und als Abgeordneter?“

(Späth): Schon als Ministerpräsident habe ich zu wenig verdient. Jetzt bekomme ich auch als Vorstandsvorsitzender zu wenig. Ich bin unterbezahlt.“

Endspurt im Wahlkampf

Veranstaltungen mit W. Wolf

- 18.9. *Mannheim*, 9.00 Uhr, Betriebsversammlung ADtranz.
Stuttgart, 10 Uhr, Hauptversammlung Daimler Benz, Fusion Daimler-Chrysler
Mannheim, 19.30 Uhr, Parteienpodium, „Für den Wechsel“, Bürgerhaus Neckarstadt
- 19.9. *Lindau*, Verkehrskongress, „Manifest der 1435 Worte – Bock auf Bahnhof – Bahnprivatisierung, Bahnhofstandorte, Bodenspekulation“, ab 10 Uhr im Hbf, Terrassensaal
- 20.9. *Stuttgart-Sillenbuch*, 10 Uhr, Parteienpodium der Naturfreunde im Clara-Zetkin-Haus.
Stuttgart, ab 14 Uhr, Diskussion zur Wahl im Mesopotanischen Kulturverein, Zuffenhausen.
Villingen, 19.30 Uhr, Württ. Hof, PDS-Abendveranstaltung
- 21.9. *Friedrichshafen/Markdorf*, Podium der Schülerzeitung „Kaktus“
- 22.9. *Mannheim*, 19.30 h, PDS-Veranstaltung im Forum der Jugend
- 23.9. *Böblingen*, 19 Uhr, Podium des Kreisjugendrings, Forum, Ev. Jugendwerk, Paul-Gerhardt Weg 8
- 24.9. *Freiburg*, 19.30 Uhr, Abendveranstaltung der PDS, Grüner Baum, Lorettostraße 12
- 25.9. *Karlsruhe*, voraussichtlich 19 Uhr, Treffen mit türkischen und kurdischen Wählerinnen und Wählern
- 26.9. *Mannheim*, 19 Uhr, Siedlerheim Schönau, „ultimative Kohl-Abschiedsfete“ mit Tanz in den Wahltag. DJs: Winfried Wolf, Helmut Roos, Carsten Labudda

Publikationen der PDS-Bundestagsgruppe

R(h)einblick

erscheint monatlich, bietet eine Übersicht zu parlamentarischen Initiativen der PDS im Bundestag.

- wirtschaft - soziales - widerstand

erscheint mindestens drei mal jährlich, schafft Gegenöffentlichkeit für Betriebe, Büros, Gewerkschaften & Initiativen.

Querblick

Infoblatt des AK Feminismus der PDS-Bundestagsgruppe

Infodienste

zu Frieden- und Außenpolitik, Kommunalpolitik, Soziales, Wirtschaft, Umwelt, Verkehr, Wohnen.

Materialien der PDS-Bundestagsgruppe sind kostenlos über das Stuttgarter und das Bonner Büro beziehbar.

Wahlkampfspenden !!

Wir bitten um Spenden auf das Wahlkampf-Konto der PDS Baden-Württemberg bei der Postbank Stuttgart, BLZ 60010070, Kontonummer 289582-700. Auf Wunsch stellt der PDS-Landesvorstand eine Spendenquittung aus.

Spenden sind auch möglich über das private Spendenkonto Winfried Wolf, Stichwort: Spende Wahl 1998: Kreissparkasse Tübingen, BLZ 64150020, Kontonr. 1626476.

Überweisungsträger liegen einem Teil der Auflage bei.

Buchanzeige

Einmal Chaos und zurück – Wege aus der Verkehrsmisere

von Gila Altmann, Heiner Monheim, Albert Schmidt, Bernhard Strowitzki, Winfried Wolf

Herausgeber: Initiative für eine bessere Bahn – ffb – e.V.

Tine Mikulástiková

Heiner Monheim

Winfried Wolf

Neuer ISP Verlag GmbH, Dasselstraße 75-77, D-50674 Köln

Preis: DM 16.80

Inhalt

Vorwort: Gila Altmann

- 1. Wer Straßen sät, wird Verkehr ernten**
Gila Altmann
- 2. Verkehrspolitik in schweren Zeiten**
Winfried Wolf
- 3. Die Privatisierung der Bahn**
Bernhard Strowitzki
- 4. Gesetzliche Rahmenbedingungen für ein attraktives ÖPNV-Netz**
Winfried Wolf
- 5. Das ICE-Unglück von Eschede**
Albert Schmidt
- 6. Die 10 Gebote der Attraktivität im öffentlichen Nahverkehr**
Albert Schmidt
- 7. Gleiche Chancen für die Schiene: Für einen fairen Wettbewerb der Verkehrsträger**
Albert Schmidt
- 8. Umweltverträglicher Alpentransit als Modell für eine Ökologisierung der europäischen Verkehrspolitik**
Albert Schmidt
- 9. Fahrplan zur Zweiten Bahnreform**
Heiner Monheim
- 10. Flächenbahn oder Schrumpfbahn**



Weitere Buchempfehlungen:

- Haiti – Arroganz im Armenhaus, Bonner Diplomatie, Rassismus und Armutsentwicklung
ISP-pocket 62, ISBN 3-929008-62-9
- CasinoCapital - Der Crash beginnt auf dem Golfplatz
isp-pocket, 3-929008-64-5